

Verwaltungsverband Diehsa
Kollmer Straße 1
02906 Waldhufen
post@vv-diehsa.de<mailto:post@vv-diehsa.de>
(Telefon 035827 – 7190)

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Sachsen
Herr Philipp.Schnabel
Basis Pirat
Philipp.Schnabel@piraten-bautzen.de

Waldhufen, den 29.08.2012

Informationen über Verfahrensregelungen zur Wahlwerbung (Wahlkampfzeit)

Sehr geehrter Herr Schnabel,

zu Ihrer Anfrage vom 23.08.2012 teile ich Ihnen mit, dass Werbung in den Gemeinden Hohendubrau, Mücka, Quitzdorf am See und Waldhufen mit Ihren Ortsteilen kostenpflichtig ist. Die folgenden Informationen sind unverbindliche Empfehlungen.

I.

Voraussetzung für die Genehmigung zum Aufstellen und Beschallen eines Informationsstandes zur Wahlwerbung, beachten Sie bitte folgendes:

1. Zum Vollzug der Polizeiverordnung des Verwaltungsverbandes Diehsa als Ortspolizeibehörde gegen umweltschädliches Verhalten und Lärmbelästigung, zum Schutz vor öffentlichen Beeinträchtigungen sowie über das Anbringen von Hausnummern vom 02. März 2009, in der Fassung der Änderung vom 30. März 2011 (PolVO) (www.verwaltungsverband-diehsa.de -->Recht -->Satzungen -->VV Diehsa -->Polizeiverordnung) kann Ihnen aufgrund Ihres Antrags der Verwaltungsverband Diehsa als zuständige Ortspolizeibehörde die Genehmigung zum Aufstellen eines Infostandes mit Beschallung an den beantragten Veranstaltungsorten per Bescheid erteilen. Die Bearbeitungszeit für die Behörde sollte 14 Werktage nicht unterschreiten.
2. Die Genehmigung erfolgt üblicher Weise nur für montags bis sonnabends in der Zeit von 09.00 Uhr bis 18.00 Uhr und bei Beachtung der Auflagen. Die Ihnen vorliegende Genehmigung wird auf Widerruf erteilt. Vom Recht des Widerrufs wird Gebrauch gemacht, wenn dies aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie aus sonstigen im öffentlichen Interesse liegenden Gründen erforderlich ist.

Hinweis:

Bei dieser Genehmigung handelt es sich ausschließlich um eine Ausnahmegenehmigung zu den Vorschriften der PolVO.

Sonstige Nutzungsrechte über Gebäude und Anlagen sind mit dem Eigentümer zu vereinbaren.

Die Genehmigung wird unter Einhaltung folgender Auflagen erteilt:

1. An den Standorten wird die Genehmigung der Beschallung durch Lautsprecher auf 1 Stunde pro Tag begrenzt. Die Dauer der einzelnen Durchsagen ist auf maximal 5 Minuten zu begrenzen. Dabei

ist die Lautstärke so zu wählen, dass sich die Verständlichkeit der Durchsagen ausschließlich auf den Bereich des Infostandes und seiner unmittelbaren Umgebung begrenzt. Zwischen den Durchsagen ist eine Pause von mindestens 10 Minuten einzuhalten. Das Abspielen von Musikstücken zwischen den Durchsagen ist nicht gestattet.

2. Vor Altenheimen, Kirchen während des Gottesdienstes, vor Schulen während des Unterrichts, vor Kindertagesstätten während der Öffnungszeiten und vor Friedhöfen ist Lärm zu vermeiden. Der Einsatz von Lautsprechern wird hier nicht gestattet.

3. Die Benutzung des öffentlichen Verkehrsraumes über den Allgemeingebrauch hinaus wird nicht gestattet. Der Infostand ist in einem Mindestabstand von 4 Metern zur Straße aufzustellen, Plakate, Schirme u.ä. dürfen nicht in den Straßenraum hineinragen.

4. Spätestens 2 Tage vor der Durchführung jeder Veranstaltung ist die Ortpolizeibehörde über den genauen Zeitpunkt und den Standort zu informieren.

5. Eventuell eingetretene Verschmutzungen öffentlicher Flächen bzw. Anlagen sind sofort zu entfernen (z.B. Sicherung der Abfallbeseitigung).

Begründung:

Für die Durchführung von Veranstaltungen kann gemäß der PolVO eine Ausnahmegenehmigung vom Schutz vor Lärm erteilt werden. Gemäß § 19 PolVO kann die Ortpolizeibehörde auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen der PolVO zulassen, sofern keine öffentlichen Interessen entgegenstehen und Dritte dadurch nicht in unzumutbarer Weise beeinträchtigt werden.

Demzufolge ist für die Benutzung von Lautsprechern in Veranstaltungen, aus denen für unbeteiligte Personen über das übliche Maß hinaus unbeeinflussbare bemerkbare Tonübertragungen schallen, eine Ausnahmegenehmigung erforderlich.

In einem von Ihnen beantragten Zeitraum wird sonntags keine Genehmigung zu den Verordnungen der PolVO zum Schutz vor Lärm erteilt!

Davon ausgehend, dass die Einwohner aller Mitgliedsgemeinden, insbesondere ältere Personen sowie Kleinkinder/Säuglinge des Ortes auf den Schutz vor Lärm vertrauen, müssen Sie als Veranstalter in den verbliebenen Stunden/Zeiten der Ruhe dafür sorgen, dass von Ihrer Veranstaltung keine Störung der Ruhe ausgeht.

Nach der Vorschrift des § 9 PolVO dürfen Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Tonwiedergabegeräte, Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung nur so benutzt werden, dass Dritte dadurch nicht erheblich belästigt oder gestört werden. Nach Abwägung aller öffentlichen und privaten Interessen wird deshalb die Zeit der Beschallung des Veranstaltungsortes begrenzt.

Nach § 10 PolVO hat der Veranstalter dafür Sorge zu tragen, dass von der Veranstaltungsstätte in der Nähe von Wohngebäuden kein Lärm entsteht, durch den andere unzumutbar belästigt werden. Vor Altenheimen, Kirchen während des Gottesdienstes, vor Schulen während des Unterrichts, vor Kindertagesstätten während der Öffnungszeiten und vor Friedhöfen Lärm zu vermeiden. Beachten Sie bitte, dass der Einsatz Ihrer Lautsprecher an diesen Orten nicht erfolgen darf.

Weitere Einschränkungen können kurzfristig erlassen werden.

Gemäß § 36 Absatz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) sind derartige Ausnahmegenehmigungen mit Nebenbestimmungen oder Auflagen zu versehen, wenn es im Rahmen der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Gefahrenabwehr erforderlich ist. Es wurden Auflagen erteilt, um unzumutbare Beeinträchtigungen Dritter auszuschließen.

Der VV Diehsa ist zum Erlass dieser Ausnahmegenehmigung die sachlich und örtlich zuständige Ortpolizeibehörde nach § 17 Absatz 3 Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (SächsPolG) und § 7

Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG).

Ortspolizeibehörden sind nach § 64 Absatz 1 Nr. 4 des SächsPolG die Gemeinden. Die Aufgaben der Polizeibehörden sind gemäß § 64 Absatz 2 SächsPolG Weisungsaufgaben, die nach § 7 Absatz 1 Nr. 1 SächsKomZG auf den Verwaltungsverband übergegangen sind.

Kostenentscheidung (zu I):

Gemäß der Satzung des Verwaltungsverbandes Diehsa über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) vom 26.11.2001, in der Fassung der Änderung vom 01.12.2003, vom 12.11.2011 sind für diese Ausnahmegenehmigung Kosten nach §§ 2, 3 und 5 zu erheben.

Die Kosten entnehmen Sie bitte dem beigelegten Kostenbescheid (derzeit 15,00 €).

II.

Voraussetzung für die Genehmigung zu Plakatierungen, beachten Sie bitte folgendes, beantragen Sie bitte den Bescheid „Plakatierungsgenehmigung gemäß §§ 3 und 19 PolVO“ wegen dem Vollzug der Polizeiverordnung des Verwaltungsverbandes Diehsa als Ortspolizeibehörde gegen umweltschädliches Verhalten und Lärmbelästigung, zum Schutz vor öffentlichen Beeinträchtigungen sowie über das Anbringen von Hausnummern vom 02. März 2009, in der Fassung der Änderung vom 30. März 2011 (PolVO).

Die Bearbeitungszeit für die Behörde sollte 14 Werktage nicht unterschreiten.

1. Auf der Grundlage Ihres Antrags erteilt Ihnen der Verwaltungsverband Diehsa als zuständige Ortspolizeibehörde die Plakatierungsgenehmigung gemäß §§ 3 und 19 PolVO für das Motiv von Ihnen genannt, an den Straßen in der Gemeinde Hohendubrau mit den Ortsteilen Dauban, Gebelzig, Groß Radisch, Groß Saubernitz, Jerchwitz, Ober Prauske, Sandförstgen, Thräna, Weigersdorf in der Gemeinde Mücka mit den Ortsteilen Förstgen, Förstgen/Ost, Leipgen in der Gemeinde Quitzdorf am See mit den Ortsteilen Horscha, Kollm, Petershain, Sproitz, Steinölsa und in der Gemeinde Waldhufen mit den Ortsteilen Diehsa, Jänkendorf, Nieder Seifersdorf, Thiemendorf vom Tag 2013 bis zum Tag 2013.

2. Der Antragsteller hat die Kosten für diesen Bescheid zu tragen.

3. Die Gebühren und Auslagen für diesen Bescheid werden mit gesondertem Kostenbescheid festgesetzt.

Die Plakatierungsgenehmigung wird widerruflich erteilt. Widerrufsgründe liegen bei Anzeichen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie bei Nichteinhaltung der Auflagen vor.

Hinweise:

Bei dieser Genehmigung handelt es sich ausschließlich um eine Ausnahmegenehmigung zu den Vorschriften der PolVO.

Sonstige Nutzungsrechte über Gebäude und Anlagen sind mit dem Eigentümer zu vereinbaren.

Ihre genehmigte Plakatierung kann in der beantragten Form (z. B. A 1) durch maximal 10 Werbeträger je Ortsteil erfolgen.

Für die Dauer der Plakatierung sind folgende Auflagen einzuhalten:

1. Mit der Erteilung der Plakatierungsgenehmigung werden Sie beauftragt, die Personen, die die Plakate aufstellen, über den Inhalt dieser Ausnahmegenehmigung vollständig zu informieren bzw. zu schulen.

2. Durch die Art und Weise der Aufstellung der Plakate darf der fließende sowie der ruhende Verkehr nicht behindert werden. Eine Blendwirkung ist zu vermeiden.
3. Es ist zu sichern, dass Werbungen nur innerhalb der Ortsdurchfahrten errichtet werden. Das Anbringen außerhalb der Ortsbebauung ist aus baurechtlichen Gründen nicht erlaubt (Weilerschilder auf grünem Untergrund sind keine Ortsschilder).
4. Die Sicht auf Kreuzungen, Einmündungen und Verkehrszeichen darf nicht behindert werden, Gefährdungen sind zu vermeiden (Sichtfelder freihalten). Die erforderlichen lichten Räume müssen gewährleistet bleiben.
5. In Kreuzungs- und Einmündungsbereichen sind Werbeträger nicht zulässig.
Für die Verkehrssicherheit und Standfestigkeit ist der Erlaubnisnehmer verantwortlich.
6. Das Plakatieren an Bäumen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen ist untersagt.
7. Das Anbringen von Plakaten bzw. das Aufstellen von Plakataufstellern an Straßennamensschildern, Verkehrszeichen und Lichtsignalanlagen ist generell nicht gestattet.
Sollten die Plakate an Straßenbeleuchtungsmasten angebracht oder aufgestellt werden, so sind sie so zu befestigen bzw. zu installieren, dass Sachbeschädigungen der baulichen Anlagen dabei vermieden werden.
8. Die Plakatierungsplätze sind im ursprünglichen Zustand zu verlassen. Das Beheben der Sachbeschädigung wird Ihnen in Rechnung gestellt. Vom Aufstellort sind sämtliche Befestigungsmaterialien (z.B. Draht, Reißzwecken, Klammern etc.) zu beräumen.
9. Das Entfernen aller Werbung für das Motiv vor Ort bzw. vom Aufstellort ist bis zum Ablauf des genannten Endtages zu vollziehen!

Für die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung zeichnet der Erlaubnisnehmer verantwortlich, ebenso haftet er für eventuell auftretende Schäden sowie für Ansprüche Dritter. Der Erlaubnisnehmer hat für alle sich aus der Sondernutzung ergebenden Schäden aufzukommen. Von allen Ansprüchen Dritter, die infolge der Aufstellung, des Vorhandenseins, der Unterhaltung, der Änderung oder der Beseitigung der Plakate gegen die Straßenbauverwaltung oder gegen einen für diese tätigen Bediensteten geltend gemacht werden, stellt der Erlaubnisnehmer gleichfalls die Kommunalverwaltung und den betreffenden Bediensteten frei, es sei denn, dass diesen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Diese Rechte stehen auch dem Verkehrssicherungspflichtigen und seinen Bediensteten zu.

Begründung:

Gemäß § 3 PolVO ist es untersagt öffentliche Verkehrsflächen und Anlagen, die zu ihnen gehörenden Einrichtungen oder Bäume, oder sonstige fremde Sachen ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde zu beschriften, zu besprühen oder zu bemalen, oder an diesen Aushänge oder Plakate zu befestigen.

Die Ortspolizeibehörde kann auf Antrag gemäß § 19 PolVO Ausnahmen von den Bestimmungen des § 3 Absatz 1 PolVO zulassen, sofern keine öffentlichen Interessen entgegenstehen und Dritte dadurch nicht in unzumutbarer Weise beeinträchtigt werden. Bei Einhaltung aller Auflagen wird die Ausnahmegenehmigung erteilt.

Der Verwaltungsverband Diehsa ist zum Erlass dieser Ausnahmegenehmigung die sachlich und

örtlich zuständige Behörde nach §§ 18 Absatz 1, 44 Abs. 5 Straßengesetz für den Freistaat Sachsen (SächsStrG) und § 7 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG). Ortspolizeibehörden sind nach § 64 Absatz 1 Nr. 4 SächsPolG die Gemeinden. Die Aufgaben der Polizeibehörden sind gemäß § 64 Absatz 2 SächsPolG Weisungsaufgaben, die nach § 7 Absatz 1 Nr. 1 SächsKomZG auf den Verwaltungsverband übergegangen sind.

Kostenentscheidung (zu II):

Gemäß der Satzung des Verwaltungsverbandes Diehsa über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) vom 26.11.2001, in der Fassung der Änderung vom 01.12.2003, vom 12.11.2011 sind für diese Ausnahmegenehmigung Kosten nach §§ 2, 3 und 5 zu erheben.

Die Kosten entnehmen Sie bitte dem beigelegten Kostenbescheid (derzeit pro Gemeinde 8,00 € oder für alle 4 Gemeinden 26,00 €).“

Für Rücksprachen stehen wir Ihnen während der Geschäftszeiten gern zur Verfügung.
Bitte bei Schriftverkehr Postanschrift nicht vergessen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Peter Brückmann

(peter.brueckmann@vv-diehsa.de<mailto:peter.brueckmann@vv-diehsa.de>)

Sachbearbeiter